

Übersicht

Abkürzungsverzeichnis	XV
Einführung	1
A. Themenaufriss und Rechtfertigung	1
B. Gang der Untersuchung; Ziele der Arbeit	6
Kapitel 1: Die Rechtsprobleme am praktischen Fall	9
A. Der Fall Phoenix: Geschäftsmodell und Ursachen der Insolvenz	9
B. Konflikte	12
Kapitel 2: Abwicklungs- und Verteilungshindernisse bei massenhaft streitigen Insolvenzforderungen im Regelverfahren	27
A. Die Forderung als Schlüssel der Gläubigerrechte: Ein Überblick	27
B. Abwicklungshindernisse	35
C. Verteilungshindernisse bei unbestimmbarer Passivmasse	40
D. Problemexkurs: Sanierungshindernis	58
E. Zwischenergebnis	60
Kapitel 3: Neue Ansätze? Ein Blick über den insolvenzrechtlichen „Tellerrand“	63
A. Verfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG)	63
B. Allgemeines Verfahrensrecht	66
Kapitel 4: Der Phoenix-Plan: Begrenzte Autonomie im Planverfahren	69
A. Der gescheiterte verfahrensbegleitende Phoenix-Insolvenzplan	69
B. Der Phoenix-Plan auf dem Prüfstand der Gerichte	77
Kapitel 5: Untersuchung der Planfestigkeit der §§ 174 ff. InsO	81
A. Ziel	81
B. Prüfungsreihenfolge	82
C. Keine Spezialvorschrift	82
D. § 217 InsO: Das Schlüsselbrett und Tür zur Privatautonomie	87
E. Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse	123

Kapitel 6: Die Suche geht weiter! Grundlagen alternativer Plangestaltungen – das Problem der Stimmrechte	125
A. Notwendigkeit einer gesicherten Stimmrechtsregelung	125
B. Verfahren (§ 235 InsO)	126
C. Bestimmung von Stimmrechten im Planverfahren	127
D. Ergebnis	138
 Kapitel 7: Gestaltungsversuche über Options- und Verteilungspläne: Die zulässige „Bestimmung“ von Gläubigerforderungen für Sanierungs- und Verteilungszwecke	 139
A. Vorüberlegungen: Das „Phoenix-Erbe“	139
B. Vorschlag 1: Der Optionsplan	142
C. Vorschlag 2: Der tabellenunabhängige Verteilungsplan.	173
 Fazit: Erinnerungen an die wichtigsten Erkenntnisse und Ausblick.	 233
 Anlagen.....	 235
A. Anlage 1: Rechenbeispiel für Rückstellungen	235
B. Anlage 2: Rechenbeispiel für Verteilungsungerechtigkeit	237
C. Anlage 3: Rechenbeispiel für mögliche Schlechterstellung	239
 Literaturverzeichnis	 243

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....XV

Einführung 1

A. Thementaufriss und Rechtfertigung 1

B. Gang der Untersuchung; Ziele der Arbeit 6

Kapitel 1: Die Rechtsprobleme am praktischen Fall 9

A. Der Fall Phoenix: Geschäftsmodell und Ursachen der Insolvenz. 9

B. Konflikte..... 12

I. Zusammenspiel von Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckungsrecht 12

1. Insolvenzrecht als besondere Form der Zwangsvollstreckung 12

2. Unterschiede zum Zwangsvollstreckungsrecht 14

II. Klassifizierung und Bestimmung der Gläubigerforderungen 17

1. Aussonderung durch Treuhandabrede? 18

2. Eine Forderung, mehrere Berechnungsmethoden. 21

Kapitel 2: Abwicklungs- und Verteilungshindernisse bei massenhaft
streitigen Insolvenzforderungen im Regelverfahren 27

A. Die Forderung als Schlüssel der Gläubigerrechte: Ein Überblick..... 27

I. Antragsrecht aufgrund des persönlichen Leistungsanspruchs 27

II. Die spezifischen (Insolvenz-)Gläubigerrechte 27

1. Teilnahmerecht.....28

2. Informations- und Anwesenheitsrecht29

3. Mitbestimmungsrecht.....30

4. Teilhaberecht33

5. Prüfungsrecht.....33

6. Vollstreckungsrecht aus der Tabelle..... 34

III. Zwischenergebnis 34

B. Abwicklungshindernisse 35

I. Tabellenführung36

II. Stimmrechte in Gläubigerversammlungen36

1. Grundsätze für Abstimmungen.....37

2. Gefährdung der Gläubigerautonomie bei massenhaft streitigen Forderungen..... 39

C.	Verteilungshindernisse bei unbestimmbarer Passivmasse	40
I.	Das „Phoenix-Szenario“ – Der Wunsch einer frühzeitigen Vermögensverteilung	40
II.	Grundsätze für Verteilungen im Regelverfahren	41
1.	Überblick über Verteilungswege	41
2.	Berücksichtigung festgestellter und bestrittener Forderungen.	42
3.	Blick in die Praxis und auf den Ausgangsfall.	43
III.	(Unzureichende) Korrektur- und Einflussnahmemöglichkeiten	44
1.	Möglichkeiten des Gerichts	44
2.	Möglichkeiten der Gläubiger	46
a)	Einigung nach Widerspruch	47
b)	Die Gläubigerversammlung: geeignetes Forum zur Vergemeinschaftung der Gläubigerinteressen?	47
c)	Reichweite der Befugnisse	49
3.	Möglichkeiten des Insolvenzverwalters	50
a)	Einflussmöglichkeiten auf das Anmeldeverfahren	50
aa)	Pool- oder Sammelmeldungen	50
bb)	Automatisierter Anmeldeprozess	52
b)	Einflussmöglichkeiten im Feststellungsverfahren durch individuelle Vergleiche	53
4.	Doch eine Abschlagsverteilung?	54
a)	Problem: Rückstellungen als unkalkulierbarer Unsicherheitsfaktor	54
b)	Problem: Haftungsrisiko durch ungerechte Verteilung	56
c)	Problem: Verteilungen (nur) im Ermessen des Insolvenzverwalters	58
D.	Problemexkurs: Sanierungshindernis	58
E.	Zwischenergebnis	60

Kapitel 3: Neue Ansätze? Ein Blick über den insolvenzrechtlichen „Tellerrand“

A.	Verfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG)	63
I.	Anwendungsbereich	64
II.	Schranke des § 240 ZPO	65
III.	Unbrauchbarkeit des Rechtsgedankens	66
B.	Allgemeines Verfahrensrecht	66

Kapitel 4: Der Phoenix-Plan: Begrenzte Autonomie im Planverfahren

A.	Der gescheiterte verfahrensbegleitende Phoenix-Insolvenzplan	69
I.	Einführung	69
II.	Ziel, Motiv und Regelungsgehalt	69

III.	Insolvenzspezifische Einordnung	71
1.	Plantypen	71
2.	Zulässigkeit der verfahrensbegleitenden Wirkung	73
3.	Anwendungsbereich, einheitlicher Terminus technicus?	75
B.	Der Phoenix-Plan auf dem Prüfstand der Gerichte	77
I.	Landgericht Frankfurt am Main, Beschluss vom 29.10.2007	78
II.	BGH, Beschluss vom 5.2.2009	79
III.	Zwischenergebnis	80
Kapitel 5 : Untersuchung der Planfestigkeit der §§ 174 ff. InsO		81
A.	Ziel	81
B.	Prüfungsreihenfolge	82
C.	Keine Spezialvorschrift	82
D.	§ 217 InsO: Das Schlüsselbrett und Tür zur Privatautonomie	87
I.	Ausgangspunkt und Maßstab der Überlegungen	87
II.	Wortsinn und systematische Interpretation	90
1.	Das Anmelde- und Feststellungsverfahren als Teil der Befriedigung?	91
2.	Das Anmelde- und Feststellungsverfahren als Teil der Verteilung?	93
3.	Das Anmelde- und Feststellungsverfahren als Teil der Verfahrensabwicklung?	94
III.	Historische Ansätze	94
1.	Der Insolvenzplan im Reformprozess	95
2.	Reformbemühungen und ökonomisch geprägte Einflüsse und Gesichtspunkte	97
3.	Gläubigerautonomie im Spannungsfeld von zwingenden Vorschriften	100
4.	Die Entwicklungsgeschichte: das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG)	103
IV.	Der Sinn und Zweck	105
1.	Die „konturenlose“ Gläubigerautonomie und die Macht der Mehrheit	106
2.	Keine Gefahr einer fehlerhaften Bewertung	109
3.	Bedeutung der Tabelle im Regel- und Planverfahren	110
4.	Ein Blick zu den USA – Das Vorbildargument?	115
5.	Gläubiger(un-)gleichbehandlung	116
6.	Ordnungsfunktion des Anmelde- und Feststellungsverfahrens	117
7.	Das Argument der Nachrangigkeit	119
V.	Bestätigung durch verfassungskonforme Auslegungskontrolle	120
E.	Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse	123

Kapitel 6: Die Suche geht weiter! Grundlagen alternativer Plangestaltungen – das Problem der Stimmrechte	125
A. Notwendigkeit einer gesicherten Stimmrechtsregelung	125
B. Verfahren (§ 235 InsO)	126
C. Bestimmung von Stimmrechten im Planverfahren	127
I. Stimmrechte für unbestrittene Insolvenzforderungen	127
II. Stimmrechte für bestrittene Insolvenzforderungen	128
1. Das Einigungsverfahren	129
2. Die gerichtliche Stimmrechtsentscheidung	130
a) Zuständigkeit, Kontrolle	131
b) Maßstäbe und Kriterien der Entscheidung	131
c) Ansätze bei massenhaft streitigen Forderungen	132
d) Unterstützung durch den Insolvenzverwalter	133
3. Vergleichbares Modell nach US amerikanischem Recht: Rule 3018 of the Federal Rules of Bankruptcy Procedure	134
4. Kritikpunkt – Mögliche Überforderung der deutschen Insolvenzgerichte	135
a) Sachkunde der Insolvenzrichter	136
b) Zuständigkeit der Insolvenzgerichte	136
D. Ergebnis	138

Kapitel 7: Gestaltungsversuche über Options- und Verteilungspläne: Die zulässige „Bestimmung“ von Gläubigerforderungen für Sanierungs- und Verteilungszwecke	139
A. Vorüberlegungen: Das „Phoenix-Erbe“	139
I. Wirkungskreis und Beteiligung der Gläubiger	139
II. Die Herausforderung: Bindung und Schutz der Gläubiger	140
B. Vorschlag 1: Der Optionsplan	142
I. Idee und These: Handlungsoptionen auf Vergleichsangebote	142
II. Erläuterungen des Gesamtkonzeptes	144
1. Grundlagen der Überlegungen und Behauptung	144
2. Der Vergleich mit optionalem Widerspruchsrecht	145
a) Der Berechnungsmodus (nur) als Vergleichsvorschlag	145
b) Das Widerspruchsrecht: Inhalt, Ablauf, Zeitpunkt	145
c) Das Wahlrecht als Opt-Out-Modell	147
aa) Vorüberlegungen	147
bb) Konkludenz des Schweigens als zulässiger Planinhalt (§§ 231, 250 InsO)	148

Inhaltsverzeichnis

1) Formelle Zulässigkeit.	148
2) Materielle Zulässigkeit.	149
2a) Exkurs: Schweigen im Vertragsrecht	150
2b) Wesen des Insolvenzplans als ein dem Vertrag bürgerlichen Rechts ähnliches Rechtsinstitut.	151
2c) Prinzip bei Passivität im Insolvenzverfahren: Eine Abwägungen der Interessen	155
3) Zwischenergebnis	158
cc) Ablehnung durch Widerspruch	158
d) Ermächtigung des Insolvenzverwalters (§ 160 InsO)	159
e) Gedankenexkurs: Opt-In-Modell für Aussonderungsberechtigte (Phoenix)?	160
3. Korrektur der Insolvenztabelle	162
4. Durchführung der Verteilung	162
a) Rückgriff auf die Insolvenztabelle	162
b) Berücksichtigung der ablehnenden Gläubiger	163
c) Berücksichtigung von Nachzüglern.	164
d) Gestaltungsalternative: Plandispositivität des § 192 InsO?	165
III. Verfahrensfragen	167
1. Planvorlagerecht (§ 218 InsO)	167
2. Verfahrensbegleitende Wirkung?	167
3. Planbestätigung	168
a) Gerichtliche Überprüfung (§§ 231, 250 InsO)	169
b) Minderheitenschutz: Die insolvenzrechtliche Wertgarantie (§ 251 InsO)	170
IV. Zusammenfassung	172
C. Vorschlag 2: Der tabellenunabhängige Verteilungsplan.	173
I. Kritik am Optionsplan und die Notwendigkeit einer Alternative.	173
II. Idee und These: Forderungsschätzung für Zwecke der Verteilung	174
1. „claim estimation“ nach amerikanischem Vorbild	174
2. Übertragbarkeit und Anwendung des Rechtsgedankens	178
IV. Der Beweis der These: Die Insolvenztabelle im Regel- und Planverfahren	180
1. Ausgangspunkt der Überlegungen	181
2. Tabellenfunktionen im Regelverfahren	181
a) Einfluss und Bedeutung für das Mitbestimmungsrecht	182
b) Einfluss und Bedeutung für das Teilhaberecht	182
aa) Anmeldung und Feststellung zur Tabelle	182
bb) Das Verteilungsverzeichnis als fortgeschriebene Tabelle	184
cc) Umgang mit bestrittenen Forderungen	185
dd) Korrektur des Verteilungsverzeichnisses vor Verteilung	186

ee)	Kein unmittelbarer Zahlungsanspruch	187
c)	Einfluss und Bedeutung für das Vollstreckungsrecht	187
d)	Zwischenergebnis	188
3.	Tabellenfunktionen im Planverfahren	188
a)	Einfluss und Bedeutung für das Mitbestimmungsrecht	189
b)	Einfluss und Bedeutung für das Teilhaberecht	189
aa)	Zulässigkeit einer tabellenunabhängigen Verteilungsregel	190
1)	Auslegung des § 217 S. 1 InsO	190
2)	Identische Tabellenquote, jedoch unterschiedliche Gruppenquote	191
3)	Gegenstand und Wirkung der Tabelleneintragung	192
4)	Gerechtigkeit durch Verhandlung im Regel- aber auch im Planverfahren	194
5)	(Un-)berechtigte Zahlungen auf (titulierte) Forderungen	195
6)	Risiko einer fehlerhaften Verteilungsregel hinnehmbar	197
7)	Bekannte Gläubiger (§ 229 S. 3 InsO)	199
8)	Allgemeine Wirkung des Plans (§ 254 Abs. 1 InsO)	199
bb)	Kritik	200
1)	Spezialgesetzliche Regelung des § 256 InsO?	201
2)	Durchführung des allgemeinen Prüfungstermins	201
3)	Vorläufigkeit (k)ein Prinzip des Insolvenzverfahrens?	202
4)	Verstoß gegen Art. 19 Abs. 4 GG?	203
cc)	Ergebnis	204
c)	Einfluss und Bedeutung für das Vollstreckungsrecht (§ 257 InsO)	205
4.	Fazit	207
V.	Umsetzungs- und Verfahrensfragen	208
1.	Beispielhafte Verteilungsregel durch Schätzung von Verbindlichkeiten	208
a)	Grundsatz I: „Alles“ oder „Nichts“	208
b)	Grundsatz II: Inhaltsoffenheit und Fairnessgebot	209
c)	Die homogene Schuldenmasse	209
d)	Die inhomogene Schuldenmasse	209
2.	Die Festlegung einer Zielverschuldung (§§ 224, 255 f. InsO)	211
a)	Grundlagen	211
b)	Liquidation	213
c)	Sanierung	214
3.	Gruppenbildung	215
a)	Sinn und Zweck im Konflikt zu Manipulationsmöglichkeiten	215
b)	Unzulässigkeit oder Gebotenheit zur Bildung eigener Gruppen der Gläubiger mit streitbefangenen Forderungen?	217

4.	Verfahrensbegleitende Wirkung (§ 258 Abs. 1 InsO)	219
5.	Planbestätigung	220
a)	Gerichtliche Überprüfung (§§ 231, 250 InsO)	220
aa)	Ausgangspunkt und grundlegende Bedeutung des Widerspruchsrechts	220
bb)	Keine Einschränkung der Verfahrensrechte (§ 178 InsO)	221
b)	Minderheitenschutz: Die insolvenzrechtliche Wertgarantie (§ 251 InsO)	223
aa)	Grundlagen	223
bb)	Prognose der Schlechterstellung	225
cc)	Quotenschaden als potenzielle Schlechterstellung	226
1)	„mittelbarer“ und „unmittelbarer“ Quotenschaden	227
2)	Ausgleich durch bereitgestellte Mittel (§ 251 Abs. 3 InsO)	228
2a)	Anspruchsberechtigte	229
2b)	Geltendmachung, Höhe der Ausgleichsmittel	230
dd)	Ergebnis: Wahrung und Schutz der Parteiinteressen	231
Fazit:	Erinnerungen an die wichtigsten Erkenntnisse und Ausblick.	233
Anlagen.	235	
A.	Anlage 1: Rechenbeispiel für Rückstellungen	235
B.	Anlage 2: Rechenbeispiel für Verteilungsungerechtigkeit	237
C.	Anlage 3: Rechenbeispiel für mögliche Schlechterstellung	239
Literaturverzeichnis	243	